Paneuropa-Kundgebung.

Berlin, 18. Dezember. Im Saale des ehemaligen Herrenhauses fand heute eine große Paneuropa-Kundgebung statt. An Stelle des verhinderten Reichstagspräsidenten Löbe, des Vorsitzenden der Paneuropäischen Union in Deutschland, leitete der demokratische Parteivorsitzende Koch-Weser die Kundgebung und begrüßte den Grafen Coudenhow-Calerghi als den Führer der Bestrebungen für ein baldiges Paneuropa.

Zunächst sprach Frau v. Kardorff, die ausführte, daß, wenn man den Frieden wolle, man im eigenen Staate beginnen müsse. Um den Frieden im Staate zu fördern, müsse man dem Staate gegenüber Ehrfurcht zeigen. Die politischen Parteien hätten dies aber noch nicht erkannt. Darauf sprach der demokratische Abg. Lemmer über die Einstellung der Jugend zur paneuropäischen Idee.

Der Hauptredner der Veranstaltung, Graf Coudenhove-Calerghi, stellte fest, daß die ersten Jahre der paneuropäischen Bewegung schrittweise eine Gesundung Europas in politischer, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht zur Folge gehabt hätten. Vor allem habe die deutsche Außenpolitik unter Führung Dr. Stresemanns zu dem raschen Aufschwung Europas beigetragen. Die paneuropäische Bewegung wolle nicht nur ein friedliches, sondern auch ein einiges Europa, nicht ein labiles, sondern ein stabiles Gleichgewicht seiner Mächte. Locarno sei ein Versprechen, das erst eingelöst werden müsse. Seine Einlösung heiße Paneuropa. Nur ein glatter Bruch mit den Vorkriegsmethoden könne Europa vor neuen Katastrophen schützen.

Das Pariser Hindenburg-Plakat soll verboten werden. Endlich!

Paris. Die französische Linkspresse begrüßt die deutschen Schritte wegen des hetzerischen Hindenburg-Plaketes der Freunde des „Echo de Paris". In einer scheinbar offiziösen Notiz weisen die Pariser Blätter darauf hin, daß die Regierung dieses Plakat zu verbieten gedenkt, zumal öffentliche Anschläge, die das Oberhaupt eines fremden Staates beschimpfen, gesetzlich verboten sind.

Tristan Bernard über eine deutsch-französische Annäherung.

Paris, 19. Dezember. Der bekannte französische Schriftsteller Tristan Bernard sprach gestern vor der Vereinigung internationaler Freundschaften für die deutsch-französische Annäherung. Der Weltfriede sei nur eine Sache des Willens. Deutschland und Frankreich könnten sich ohne weiteres verständigen, wenn sie keine Nachbarn wären. Man brauche ja nicht gerade von Liebe und Freundschaft sprechen, aber ein vernünftiges Entgegenkommen sei durchaus wünschenswert. Die Völker müßten sich im Interesse des Friedens verstehen lernen. Die Ausführungen Bernards wurden wiederholt durch lebhaften Beifall unterbrochen.

Ausschluß der gesamten Opposition aus der russischen kommunistischen Partei.

Moskau. Der Kongreß der kommunistischen Partei der Sowjetunion hat 75 Oppositionsführer, darunter Trotzki, Sinowjew und Kamenew, aus der Partei ausgeschlossen. Ein von dem Kongreß eingerichteter Sonderausschuß hatte zuvor die Kompromißerklärungen Sinowjews und Trotzkis als ungenügend zurückgewiesen.

*

Parade der Sowjettruppen in Moskau.

Wie aus Moskau gemeldet wird, fand gestern vormittag auf dem Roten Platz in Moskau anläßlich des 10. Jahrestages des Bestehens der G. P. U. (früher Tscheka) eine Parade der Truppen „besonderer Verwendung" statt. Als Zuschauer nahmen an der Parade teil der Leiter der G. P. U., Menschinski, seine nächsten Mitarbeiter Kalinin und Rykow, sowie eine große Zahl andere Vertreter der Regierung und der Partei. In einer Ansprache an die Truppen hob Menschinski die Verdienste der Truppen hervor und gab der Hoffnung auf weitere erfolgreiche Tätigkeit des Sowjetheeres Ausdruck.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Gesamtergebnis der Angestelltenwahlen in Ostpreußen.

Am Donnerstag wurden die letzten Wahlen zur Angestelltenversicherung in Ostpreußen vollzogen. Alsbald lag das Gesamtergebnis aus sämtlichen 48 Wahlkreisen vor. Die Verteilung der Vertrauensmänner und Ersatzmänner zeigt folgendes Bild: Hauptausschußverbände zusammen 136 Vertrauensmänner, 254 Ersatzmänner (im Jahre 1922 96 Vertrauensmänner, 178 Ersatzmänner). Wilde Listen 3 Vertrauensmänner, 8 Ersatzmänner (24 bzw. 59). Afaverbände 7 Vertrauensmänner, 30 Ersatzmänner (25 bzw. 53).

Kommunisten aus dem Thüringer Landtag ausgeschlossen.

Die Sonnabendsitzung des Thüringer Landtags begann mit einem Angriff gegen den Präsidenten durch die Kommunisten. Sie warfen dem Präsidenten Worte wie „Schurke" und „Schwindler" an den Kopf. Auf der rechten Seite des Hauses erhob sich starker Widerspruch. Der Präsident griff zu den schärfsten Maßnahmen und schloß sechs Kommunisten von der Sitzung aus.

Besteht der Wikingbund noch?

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, beschlagnahmte das Polizeipräsidium Magdeburg bei Durchsuchungen am 15. und 16. Dezember 1927 umfangreiches Schriftmaterial. Es soll daraus ersichtlich sein, daß der für Preußen verbotene „Bund Wiking" nach wie vor weiterbesteht. In Berlin wurden in den Sonnabendmorgenstunden in dem Bureau des Korvettenkapitäns Ehrhardt, im Verlag „Der Vormarsch" am Schöneberger Ufer sowie in vier Privatwohnungen auf Grund des Republikschutzgesetzes umfangreiche Durchsuchungen durchgeführt.

Aus In- und Ausland.

Danzig. In Danzig ist eine Liga für den Völkerbund ins Leben gerufen worden.

Kowno. Präsident Woldemaras ist aus Paris wieder hier eingetroffen.

Völkerbund und Sowjetunion.

London. Der Generalrat der Völkerbundvereinigung nahm eine Entschließung an, in der die Genfer Erklärung Litwinows, daß die Sowjetregierung jedes Kompromiß in der Abrüstungsfrage und jede Bemühung in Richtung auf Abrüstungsbeschlüsse unterstützen wolle, mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß alles geschehen werde, um die Mitarbeit der Sowjetunion weiter zu sichern.

Vertagung des Reichstages.

(361. Setzung.) CB. Berlin, 17. Dezember.

Der Gesetzentwurf zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden, das sogenannte Kriegsschädenschlußgesetz, wurde ohne Aussprache an den Ausschuß für die Entschädigungsgesetze überwiesen.

Präsident Löbe wies darauf hin, daß die debattelose Erledigung der Angelegenheit nicht etwa eine Interesselosigkeit des Hauses bedeute; es sei im Gegenteil der Wunsch, jetzt kurz vor den Weihnachtsferien der Vorlage keine neuen Schwierigkeiten und keine Verzögerung zu bereiten. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Senkung der Lohnsteuer.

Der Ausschuß hat an die Stelle der Regierungsvorlage die Bestimmung gesetzt, daß bis zum 1. Januar von dem monatlichen Lohnsteuerbetrag ein Abzug von 15 Prozent, jedoch höchstens 2 Mark monatlich, erfolgen soll.

Abg. **Keil** (Soz.) erklärte, durch den neuen Vorschlag würden die Großen auf Kosten der Kleinen begünstigt. Die Erhebung der Lohnsteuer werde kompliziert, der soziale Gedanke des Existenzminimums sei leider ganz verlassen worden. Deshalb müsse seine Fraktion die Ausschußbeschlüsse ablehnen.

Abg. **Brüning** (Zentr.) erklärte, die Form der Ausschußvorlage entspräche zwar nicht dem Wortlaut der Lex Brüning, erfülle aber genau so den Zweck des Gesetzes wie eine Heraufsetzung des Existenzminimums. Für die Erhöhung der Maximalgrenze des Lohnsteueraufkommens auf 1300 Millionen seien gerade diejenigen Länder eingetreten, in denen Sozialdemokraten und Demokraten entscheidend vertreten seien. Hamburg hätte sich überhaupt gegen jede Senkung ausgesprochen.

Abg. **Keinath** (D. Vp.) meinte, daß seine Fraktion von Anfang an gegen die Lex Brüning Bedenken gehabt habe. Der Volkspartei sei die ursprüngliche Regierungsvorlage sympathischer als der Ausschußbeschluß. Sie beantrage weiter die Erhebung der Einkommensteuer nach dem dreijährigen Durchschnitt. Weiter fordert sie die Aufhebung der Kapitalertragsteuer, nicht nur für die Auslands-, sondern auch für die Inlandsanleihen.

Abg. **Schneider** (Dem.) hielt eine Erhöhung des Existenzminimums für notwendig, und zwar auf 1440 Mark jährlich. Wenn man den ernstlichen Willen zur Durchführung der Lex Brüning bei den Regierungsparteien gehabt hätte, so hätte man die Widerstände des Reichsrats leicht überwinden können. Von der Wirtschaft seien bereits schwere Bedenken gegen die neue Lösung der Lohnsteuersenkung erhoben worden. Besonders wegen der Kompliziertheit des Verfahrens.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erklärte, es sei unwahr, daß er den Ländern versprochen habe, die Lex Brüning würde nicht durchgeführt werden, er habe ihnen nur erhöhte Steuerüberweisungen in Aussicht gestellt. Die Erhöhung des Lohnsteueraufkommens um 100 Millionen sei berechtigt, schon mit Rücksicht auf die Besoldungserhöhungen. Der Reichsrat hätte sich geschlossen gegen die Erhöhung des Existenzminimums gewehrt. Die Wiedereinführung des dreijährigen Durchschnitts könne man nicht von einem Tage auf den anderen beschließen. Die Regierung stimme dem Vorschlage zu, wonach ein Ausschuß diese Frage zunächst eingehend prüfen soll.

Abg. Dr. **Oberfohren** (Dtn.) erklärte sich grundsätzlich für eine Veredelung des Tarifs der Einkommensteuer und den dreijährigen Durchschnitt. Es komme darauf an, daß die große Masse in den Genuß einer Senkung der Lohnsteuer komme.

Abg. **Koenen** (Komm.) erklärte, die einzigen pünktlichen Steuerzahler seien die Lohnsteuerpflichtigen.

Abg. **Drewitz** (Wirtsch. Vgg.) erklärt, Länder und Gemeinden würden die größten Schwierigkeiten haben, um die Mehrkosten der Besoldungsvorlage zu decken. Wenn jetzt auch die Lohnsteuer noch ermäßigt werde, würde die Erhöhung der Realsteuern nicht mehr zu vermeiden sein. Die Wirtschaftspartei lehne daher die Vorlage ab.

Abg. Dr. **Horlacher** (Bayer. Vp.) erklärt, die Lex Brüning zeige, wie gefährlich es sei, ein Gesetz zu schaffen, das künftigen Entwicklungen vorausgreife. Heute stehe man vor der Notwendigkeit, das Gesetz den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Abg. **Feder** (Nationalsoz.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. Dr. **Strathmann** (Dtn.) bedauerte, daß den kinderreichen Familien nicht größere Erleichterungen gewährt werden könnten

Abg. **Keil** (Soz.) erwiderte dem Minister, die Länder hätten den Minister so verstanden, daß sie auch aus der Lohnsteuer höhere Zahlungen zu erwarten hätten

Damit schloß die Aussprache. Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wurde in der Schlußabstimmung die Ausschußvorlage mit 193 gegen 161 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und die Wirtschaftspartei. Angenommen wurde auch die Ausschußentschließung, die die Einsetzung eines besonderen Ausschusses verlangt, der die Frage der Veranlagung nach dem dreijährigen Durchschnitt prüfen soll.

*

Vertagung des Reichstages bis 19. Januar.

Berlin. Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe vertagte sich der Reichstag bis zum 19. Januar, an dem die erste Beratung des Etats für 1928 beginnen soll.

Vermischte Nachrichten aus aller Welt.

Zur Ermordung der Jenaer Polizeibeamten.

Jena. Nach dem von der Polizei in Jena herausgegebenen amtlichen Bericht handelt es sich bei dem flüchtigen Verbrecher, der am Mittwochnachmittag zwei Kriminalbeamte niedergeschossen hat, um den Arbeiter Johann Hein, geboren am 9. August 1902 in Düsseldorf. Der Mörder ist 25 Jahre alt, 1,72 Meter groß, von kräftiger Figur, hat volles, frisches Gesicht, dunkelbraunes, linksgescheitteltes Haar. Er ist in einem dunklen Jakettanzug geflüchtet. Für seine Ergreifung ist eine größere Belohnung in Aussicht gestellt.

Vier Automobilisten verbrannt.

Paris, 18. Dezember. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich heute in der Nähe von Paris, wo ein Privatwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammenstieß. Durch eine Explosion des Benzinbehälters geriet der Wagen sofort in Brand. Die beiden Insassen konnten nur als völlig verkohlte Leichen geborgen werden. Ein ähnlicher Unglücksfall ereignete sich vor Reims. Hier stieß ein ins Schleudern geratener Wagen gegen einen Baum. Auch in diesem Falle explodierte der Benzinbehälter. Ein Hotelbesitzer und seine Begleiterin verbrannten bis zur Unkenntlichkeit.

Folgenschwere Kesselexplosion.

Brüssel, 18. Dezember. In einer Fabrik in Vilvoorde bei Brüssel ist gestern ein Dampfkessel explodiert. Zwei Arbeiter wurden getötet, weitere schwer verletzt.

Strafexpedition im Sudan.

Wie aus Chartum berichtet wird, bereitet die englische Behörde im Zusammenhang mit der Ermordung des englischen Distriktkommissars Kapitän Fergusson in der Provinz Bahr el Ghazal im südlichen Sudan eine Strafexpedition vor. Man glaubt nicht, daß es sich um einen politischen Racheakt handelt, da Kapitän Fergusson in seiner siebenjährigen Tätigkeit das Vertrauen der Stämme seines Bezirks in weitgehendem Maße erworben hatte. Bei dem Ueberfall wurden auch zwei armenische Kaufleute und eine Anzahl Dienstboten und Trägern getötet.

Die Kältewelle.

Bittere Kälte auch in Frankreich.

Paris, 18. Dezember. Die Temperatur ist im Laufe der Nacht in ganz Frankreich weiter gesunken. In Paris wurden heute morgen über 10 Grad Kälte verzeichnet. Aus der Provinz wurden bis 18 Grad Kälte gemeldet. Auch im Süden Frankreichs herrscht starkes Frostwetter. In Marseille zeigte das Thermometer gestern in den Mittagsstunden 10 Grad unter Null. Es sind bereits mehrere Todesfälle infolge der Kälte zu verzeichnen.

Nie dagewesene Kälte in Sibirien.

Aus Irkutsk (Nordsibirien) wird furchtbare Kälte gemeldet. Das Thermometer ist auf 52 Grad unter Null gesunken. Krähen, die ihre Nester auf der Suche nach Nahrung verlassen, erfrieren während des Fluges und fallen als Eisklumpen auf den Boden. Unter der Bevölkerung sind bereits zahlreiche Opfer der Kälte festgestellt worden.

*

Ermordung eines Einundachtzigjährigen.

Kalau. In seinem einsam gelegenen Hause wurde der 81 Jahre alte Uhrmacher und Landwirt Friedrich Lieske ermordet und beraubt. Erst, als der Neuschnee alle Spuren verwischt hatte, fand ein Landbriefträger den Ermordeten auf.

*

Schlesische Theaternot.

Aus Glogau i. Schl. wird uns gemeldet: Zur Dienstagabendvorstellung des Stadttheaters waren nur für 30 Mark Eintrittskarten verkauft worden. Die Vorstellung mußte ausfallen.

Gegen die Aneignung Deutsch-Ostafrikas.

In Deutschland beurteilt man schon längst das englische „Mandat" über Deutsch-Ostafrika nur als ein fadenscheiniges Mäntelchen, das die vollständige Annektierung des „Schutzgebietes" schamhaft verdecken soll. Es ist aber interessant, auch einmal die Ansicht eines namhaften Engländers hierüber zu hören. Kürzlich griff im Oberhause Lord Olivier die Regierungspolitik scharf an; er erklärte, daß die geplante Verschmelzung Deutsch-Ostafrikas mit den Kolonien Kenia und Nordrhodesien sowie die Schaffung eines Dominiums vom Sambesi zum Sudan Verstöße gegen den Geist des Völkerbundes seien. Die englischen Ansiedler im Mandatsgebiet selbst wünschten nicht im geringsten einen solchen Bund. Die sogenannte „Ansiedlerkonferenz", die angeblich aus sich heraus „spontan" die Verschmelzung gefordert hätte, sei nur ein ganz gewöhnliches feucht-frohes Frühstück gewesen, das Lord Delamere, der Vater des Gedankens, veranstaltet habe. Der Plan beabsichtige lediglich eine schärfere Heranziehung der Neger zur Steuerleistung, ohne ihnen dafür größere Rechte einzuräumen. — Wir Deutsche können mit Lord Olivier über die Verurteilung des selbst dem Versailler Diktat widersprechenden Projektes nur einig gehen.

Aus der Tschechoslowakei.

Ueberlistung eines schweren Jungen.

Warnsdorf. Der List eines Polizeibeamten, der sich als „Mann vom Fache" ausgab, gelang in Warnsdorf die Festnahme eines schon 17mal vorbestraften Einbrechers, der sich Gustav Krause nennt und aus Friedland stammen soll. Der Polizeiagent Altmann traf Krause in einem Gasthause an, zechte mit ihm und gewann sein vollstes Vertrauen, so daß ihn Krause in alle seine Schliche einweihte und mit ihm sogar ein „Ding drehen" wollte. Dazu kam es nicht, denn der Polizeiagent verhaftete Krause, mit dem er sich auf dem Wege in seine Wohnung befand, in dem Augenblicke, als er sah, daß der Einbrecher sein Warnsdorfer Quartier nicht preisgeben würde. Dabei kam es auch zu einer Schießerei, bei der Altmann mehrere scharfe Schüsse auf den fliehenden Krause abgab, der sich danach festnehmen ließ. Bei dem Verhöre stellte sich heraus, daß Krause ein gefährlicher Bursche ist, der gemeinschaftlich mit einem Komplizen arbeitete und in der Nacht zum 26. auf den 27., bzw. 27. auf den 28. November in Warnsdorf allein fünf Einbrüche in Läden und Geschäfte beging, bei denen er aber — da er „prinzipiell" nur nach Geld sucht — kein Glück hatte. Krause scheint ein internationaler Gauner zu sein, der auch in Deutschland — bevor er nach Warnsdorf kam, in Zittau aus einer Wohnung im Celestinerkeller eine Kassette stahl — eine ganze Reihe von Einbrüchen auf dem Kerbholze haben dürfte.

*

Verhaftung von Kommunistenführern in Nordböhmen.

Warnsdorf. Ueberraschende Verhaftungen von Kommunistenführern sind am Dienstag und Mittwoch im nördlichen Böhmen erfolgt. Der Parteisekretär Franz Riemer wurde in Warnsdorf verhaftet. Drei andere Kommunisten, und zwar der Former Gürtler und die Fabrikarbeiter Gerber und Hübel, sind in Georgswalde festgenommen worden. Nach Informationen von eingeweihter Seite erscheinen die Genannten verdächtig, im Jahre 1926 eine große Zahl von Schießwaffen von Deutschland über die Grenze bei Georgswalde in die Tschechoslowakei eingeschmuggelt und sie nach Reichenberg weitergeleitet zu haben. Im Zusammenhange mit dieser Affäre soll ein roher Ueberfall stehen, der am letzten Freitag nachts in Georgswalde sich zutrug. Dort wurde neben seinem Wohnhause der kommunistische Stadtverordnete Deßner bewußtlos aufgefunden. Nach ärztlichen Feststellungen dürfte er mit einem nägelbeschlagenen Holzstück auf den Hinterkopf geschlagen worden sein, so daß er sofort die Besinnung verlor. In der Bevölkerung wird der Roheitsakt mit der Verhaftung in Zusammenhang gebracht. Man spricht von Verrat, doch liegt eine authentische Auskunft noch nicht vor.

Ausweise für Kriegsbeschädigte.

Vom Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener e. V., Ortsgruppe Bad Schandau und Umg., wird uns geschrieben: Laut Verordnung der Hauptfürsorgestelle für Schwerbeschädigte bei der Kreishauptmannschaft Dresden müssen Inhaber der rot-weißen Ausweise für Vergünstigungen bei Eisenbahnbenützung diese bei der vorbezeichneten Behörde zum Umtausch für das Jahr 1928 vorlegen. Diesbezügliche Anträge sind bis 24. Dezember d. J. einzureichen, und zwar unter Beifügung des letzten Rentenbescheides. Die hiesige Ortsgruppenleitung des Reichsverbandes wird für ihre Mitglieder solche Anträge geschlossen abgeben. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Arwed Rummel, Bad Schandau, Poststraße, nimmt in der Zeit von 12 bis ½2 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends bis 20. d. M. Anträge entgegen.

SLUB
Wir führen Wissen.